

Betreff: DIE LINKE antwortet

Von: "Axel Goldmann" <axel.goldmann@linksfraktion.de>

Datum: Fr, 11 Sep 2009 12:02:47 +0200

An: <kilpert@aol.com>, <shalom@digberlin.de>

Sehr geehrter Herr Kilpert,

der "Koordinierungsrat deutscher Nichtregierungsorganisationen gegen Antisemitismus", dessen Vorstandmitglied und Pressesprecher Sie sind, hat sich mit einem Fragebogen an die Vorsitzenden der Partei DIE LINKE gewandt. Die Bundestagsfraktion, die zuständigkeithalber die Beantwortung übernommen hat, ist aber der Überzeugung, dass diese Fragen in der gestellten Form nicht mit einem Kreuzchen zu beantworten sind. Im Anhang übermittle ich Ihnen deshalb die einheitlich beschlossene Position und Antwort der Bundestagsfraktion DIE LINKE und bitte Sie, diese allen Mitgliedern Ihres Koordinierungsrates auch in dieser Form zur Kenntnis zu geben.

Mit freundlichen Grüßen
Axel Goldmann

Axel Goldmann
Mitarbeiter für Medien- und Öffentlichkeitsarbeit
Fraktion DIE LINKE, im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon +4930/227-51174
Telefax +4930/227-76803
axel.goldmann@linksfraktion.de
<http://www.linksfraktion.de>

DIE LINKE: Ein Schutzschirm für Menschen

Abonnieren Sie jetzt:
<http://www.linksfraktion.de/newsletter.php>

Ansehen, Abonnieren, Einbinden:
<http://www.youtube.de/linksfraktion>

Deutsch Israelische Gesellschaft-Koordinierungsrat.pdf	Content-Description: Deutsch Israelische Gesellschaft-Koordinierungsrat.pdf
	Content-Type: application/octet-stream
	Content-Encoding: base64

DIE LINKE.

Koordinierungsrat
deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus

Stellungnahme der Partei DIE LINKE auf den Fragebogen an die KandidatInnen zur Bundestagswahl

Vielen Dank für Ihre Fragen zu den Themen Iran und Antisemitismusbekämpfung, die wir Ihnen gern beantworten. Da uns der angehängte Fragebogen zu wenig Differenzierung ermöglicht, greifen wir gern auf die Textform zurück.

Jahrzehnte der harten politischen, wirtschaftlichen und diplomatischen Konfrontation mit dem iranischen Regime, scharfe Sanktionen bis hin zum Abbruch nahezu jeglicher Kooperation insbesondere durch die US-amerikanische Außenpolitik haben nicht dazu geführt, die Lage im Nahen Osten zu entspannen. Insbesondere haben sie auch nicht dazu beigetragen, dem Staat Israel wirklichen Frieden und der so notwendigen Sicherheit näher zu bringen.

Es ist das Verdienst des neuen US-Präsidenten, Barack Obama, dies nicht nur erkannt zu haben, sondern beachtlich schnell das Steuer herumgelegt und eine neue Politik gegenüber dem Iran begründet zu haben. Diese Politik zeichnet sich durch Dialogbereitschaft aus. Es ist eine Politik, die ohne Aufgabe von Prinzipien und ohne Verzicht in der Sache nicht auf strenge Konfrontation, sondern auf Verständigung setzt. Diese Politik hat erste Erfolge gezeigt und Gesprächsbereitschaft auf der iranischen Seite bewirkt. Sie hat damit die begründeten Hoffnungen hervorgerufen, auf dem richtigen, Erfolg bringenden Weg zu sein. Diesen Kurs hält DIE LINKE für Ziel führend, erfolversprechend und unterstützenswert.

Auch heute - mehr als 60 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus - ist der Antisemitismus keineswegs überwunden. Mehrfach haben wir in Anfragen, Presserklärungen und Anhörungen der Bundestagsfraktion auf die Zunahme von antisemitisch motivierten Straftaten in Deutschland hingewiesen. Antisemitismus, ob verbreitet oder eher in der Gesellschaft randständig muss immer entsprechend bekämpft werden. Leider gehen von der Bundesregierung keine ausreichenden Initiativen zur Bekämpfung des Antisemitismus hervor. DIE LINKE fordert daher die aktive Förderung und Verbreiterung des jüdischen Lebens in Deutschland - dazu gehört insbesondere die Unterstützung der kulturellen, akademischen und gesellschaftlichen jüdischen Einrichtungen; eine sofortige und konsequente Ahndung aller antisemitisch motivierten Straftaten; den Erhalt und die finanzielle Absicherung von Projekten, die sich gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rassismus richten sowie einen regelmäßigen Bericht zum Thema Antisemitismus, der von unabhängigen Experten im Auftrag des Bundestages erstellt wird und in dem konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus vorgeschlagen werden.

Die Fraktion DIE LINKE hat der von Ihnen angesprochenen Resolution im Bundestag zugestimmt und eine eigene, wortgleiche Resolution eingebracht. Wir bedauern in diesem Zusammenhang die mangelnde Bereitschaft aller anderen Bundestagsfraktionen, eine fraktionsübergreifende Resolution zu verabschieden. Auch in der nächsten Legislatur wird unsere Partei mit Gesetzesinitiativen zur Bekämpfung des Antisemitismus in Erscheinung treten, um die oben genannten Forderungen umzusetzen. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass das Verbot der NPD wieder auf die Tagesordnung gesetzt wird. Aber dies wird u.a. nur erfolgreich sein, wenn die Verfassungsschutz-Mitarbeiter zurückgezogen werden.